

Antrag SG-04: Wohnungsnot/sozialer Wohnungsbau

| | |
|-------------------|--|
| Antragsteller*in: | AWO Bezirksverband Baden e.V. |
| Status: | überwiesen an das Präsidium |
| Sachgebiet: | SG - Soziale Gerechtigkeit & Steuerpolitik |

- 1 Die Bezirkskonferenz der AWO Baden fordert den AWO Bundesverband e.V. auf, sich auch
- 2 künftig auf politischer Ebene für eine gerechte Wohnungs- und Mietenpolitik
- 3 einzusetzen, die den Menschen und nicht den Profit in den Vordergrund stellt.
- 4 Auf Landesebene wird sich der AWO Bezirksverband Baden e.V. für eine Steigerung der
- 5 Förderung von sozialem Wohnungsbau im Rahmen des Wohnraumförderungsprogramms
- 6 „Wohnungsbau BW 2022“ einsetzen. Im Sinne der Nachhaltigkeit und des Erhalts von
- 7 (ehemals geförderten) Bestandsimmobilien sind auch Förderprogramme für Sanierungen
- 8 verstärkt in den Blick zu nehmen. Hier werden wir insbesondere die Betroffenen in den
- 9 Fokus nehmen, die uns in den Hilfefeldern, in welchen die AWO tätig ist, begegnen.

Begründung

Wohnen ist ein Menschenrecht!

Gerade in den sozialen Hilfefeldern, in welchen wir als AWO tätig sind, begegnet uns eine seit Jahren zunehmende Wohnungsnot. Ob in der Jugendarbeit, in Frauenhäusern, der Wohnungslosenhilfe, der Suchthilfe und der Migration – Menschen finden immer weniger bezahlbaren Wohnraum. Insbesondere in Ballungszentren gibt es kaum noch Angebote und wenn, dann zu Preisen, die sich Betroffene in einer schwierigeren sozialen Lage niemals leisten können. Besonders spürbar wird der Mangel auch für unsere Dienste und Einrichtungen, die neue Mitarbeiter*innen und Auszubildende in zunehmendem Maße nur noch gewinnen können, wenn sie gleichzeitig Wohnraum anbieten.

Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass der soziale Wohnungsbau wieder umfassend gefördert wird. Nur so können armutsbetroffene Menschen und Haushalte mit geringem Einkommen mittel- und langfristig mit Wohnraum versorgt werden. So ist die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland im vergangenen Jahr abermals gesunken. Ende 2022 gab es bundesweit rund 1,09 Millionen solcher Wohnungen für Menschen mit kleinen Einkommen - rund 14.000 weniger als ein Jahr zuvor (in der alten Bundesrepublik gab es fast vier Millionen Sozialwohnungen).

Des Weiteren ist die Wohnsituation von geflüchteten Menschen oft besonders prekär. Sie finden jahrelang keinen Wohnraum und in den Erstaufnahmeeinrichtungen fehlt es weiterhin an bundesweiten, einheitlichen und verbindlichen Mindeststandards.

Derzeit fehlen in Deutschland etwa zwei Millionen barrierefreie Wohnungen (Stand: Sommer 2023). Bis 2035 rechnet das Institut der Deutschen Wirtschaft mit 3,7 Millionen fehlenden barrierefreien Wohnungen, die auch aufgrund des demografischen Wandels immer mehr benötigt werden.

Derzeit sind 439 500 Menschen in Deutschland ohne Wohnung. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, hat sich damit die Zahl gegenüber den Vorjahren weiter erhöht (2023: 372 000, 2022: 178 100). Das Profil der obdach- und wohnungslosen Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren verändert – auch junge Menschen und Kinder, Frauen und ganze Familien, Zuwander*innen und andere benachteiligte Minderheiten sind zunehmend von Obdachlosigkeit oder Wohnungslosigkeit bedroht. Insbesondere wenn die Miete nicht (mehr) bezahlt werden kann bzw. der Zugang zu angemessenen Sozialleistungen oder Unterstützungsangeboten fehlt, droht Wohnungslosigkeit.

Darüber hinaus gibt es bei der Regulierung der Mieten, der Förderung von kommunalen, gemeinnützigen

Wohnungsunternehmen sowie der bedarfsgerechten Gestaltung von Quartieren dringenden Handlungsbedarf.